

Rechtswende?

Jetzt wird wieder einmal von einer Rechtswende in der deutschen Politik geredet, diesmal infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine. Belege hierfür gibt es übergenug: der von Kanzler Scholz am 27. Februar 2021 verkündete außen- und militärpolitische Paradigmenwechsel, der verbreitete Bellizismus in der veröffentlichten Meinung und insbesondere in der Rhetorik der Außenministerin, die Verächtlichmachung sozialdemokratischer Russlandpolitik und der Streit in der Ampel mit der Polarisierung zwischen FDP und Grünen einerseits, SPD andererseits.

Um derlei zu charakterisieren, sind die Begriffe „Rechtswende“ oder „Rechtsentwicklung“ abgedroschen. Erstmals wurde derlei Terminologie schon beim Übergang von Willy Brandt zu Helmut Schmidt gebraucht. Jusos und andere Linke waren enttäuscht. Wovon sprachen sie aber, als 1982 Kohl auf Schmidt folgte? Richtig: von Rechtsentwicklung und Rechtswende.

Eine Unterscheidung zwischen diesen Begriffen könnte zu etwas mehr Klarheit führen. Einer Wende geht in der Regel eine Entwicklung voraus, die den Umschlag zwar nicht zwangsläufig macht, ihn aber doch nahelegt. Zum Beispiel: Mit der Vollendung der Neuen Ostpolitik 1972/1973 war einst das wichtigste außenpolitische Mandat der sozialliberalen Koalition erloschen. Die Zerstörung des Währungssystems von Bretton Woods von 1944 zwischen 1971 und 1973 begann der wirtschafts- und sozialpolitischen SPD-Reformagenda (soweit überhaupt ausformuliert) die Grundlage zu entziehen. Da genügte die Affäre

Guillaume, um Brandt zu stürzen: Was ohnehin wankte, bekam einen letzten Tritt.

Ähnlich 1982: Schmidts Eintreten für ein neues Wettrüsten und seine Ökologie-Blindheit hatten ihm längst Teile der linken Intelligenz und seiner eigenen Partei entfremdet, der zunehmende wirtschaftspolitische Einfluss der FDP in seiner Koalition kostete ihn die Unterstützung der Gewerkschaften. Kohls Sieg war Resultat dieser Vorgeschichte.

Und jetzt?

Dass Scholz innerhalb von drei Tagen – zwischen dem 24. und dem 27. Februar – ein komplettes und detailliertes Konzept für ein alternativloses Einschwenken auf den außenpolitischen Kurs der USA und auf die schlagartige Umgestaltung der Bundesrepublik in einen fiscal warfare state verkünden konnte, lässt darauf schließen, dass der Staatsapparat über bereits vorliegende Entwürfe verfügte. Fast müsste man sich fragen, wann der Kanzler den Text, den er im Bundestag mit Betonung vortrug, selbst zum ersten Mal zu Gesicht bekam. Zeithistoriker werden irgendwann wohl Gelegenheit suchen müssen, die langen Vorarbeiten für diese Wende – am sichtbarsten in der Agitation gegen Nordstream 2 – zu ergründen.

Dass die Grünen die am meisten bellizistische Partei sind, konnte man schon lange vor dem 24. Februar wissen: seit dem Angriff auf Jugoslawien 1999. Dieser Wind weht nicht von rechts: In der Aussprache des Bundestags am 27. Februar und bald darauf im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hielten Abgeordnete der AfD – neben dem üblichen rassistischen und chauvinistischen Gift, das

sie auch bei dieser Gelegenheit verimpften – die, was Russland angeht, besonnensten Reden. Sie waren die einzigen, die den Beitrag der NATO zur Katastrophe erwähnten: Auch der gehört zu den Vorbedingungen des Kriegs, der insofern nicht aus heiterem Himmel kam. Der jetzige Bellizismus hat mit Rechtsextremismus nichts, mit einer außenpolitischen Mobilisierung der Mitte aber viel zu tun. In der Selbstgleichschaltung der Medien zeigt sich Überlegenheit des so genannten Westens: Dessen politischen und ökonomischen Eliten wird Arbeit abgenommen, während Putin wohl findet: alles müsse er selber machen, auch die Dressierung der veröffentlichten Meinung. Zivilgesellschaft pariert nicht, sie funktioniert von alleine: Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz und die Ratsvorsitzende der EKD entdecken, dass Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ethisch gerechtfertigt sind. Margot Käßmann ist schon lange vorher aus ihren Leitungsfunktionen ausgeschieden.

Angela Merkels Demontage, die jetzt forciert wird, begann nicht am 24. Februar 2022, sondern 2015 und wird nun noch einmal nachzelebriert. Die Ersetzung ihrer Vorstellungen von Multipolarität durch den Transatlantismus von Baerbock und Merz ist Ergebnis nicht eines Rucks, sondern eines Prozesses.

Jedes scheinbar überraschende Ereignis beruht auf Bedingungen, die vorher schon bestanden. Wer über Putins angebliche Kehrtwende erschrocken ist, wird sich bei der Suche nach Ursachen nicht nur auf die Banalität beschränken können, dass er durch die NATO ständig brüskiert und von der Ukraine provoziert wurde, sondern auf innerrussische Konfliktpotentiale,

die sich langfristig akkumulierten, achten müssen.

Grüne und FDP nehmen jetzt die SPD in die Zange. Dass sie diese Gelegenheit benutzen, dürfte daran liegen, dass die Ampel nur durch den überraschenden sozialdemokratischen Wahlerfolg zustande kam. Mittelfristig könnte sich die Chance für die Option öffnen, die lange Zeit alternativlos schien: Jamaika – also eine von sozialen Rücksichten entlastete Mitte der etwas anderen Art.

Lassen wir also das mit der Rechtswende. Anderes ist wichtiger:

Erstens die Gefahr eines Atomkriegs.

Zweitens der Showdown mit China, für den ausweislich der Aussagen US-amerikanischer Politiker der Konflikt mit Russland nur ein Nebenscharmützel ist.

Drittens: Zu Recht wird gegenwärtig verstärkt auf die Vergleichbarkeit der jetzigen Situation mit derjenigen vor 1914 hingewiesen: Jahrzehntelange Überakkumulation von Kapital und Verschärfung sozialer Ungleichheit drängten und drängen zur Entladung.

Wer in der Vergangenheit einen russischen Angriffskrieg für undenkbar hielt, gilt als blamiert. Dabei lassen sich auch jetzt noch tausend Gründe für die Annahme finden, das unverkennbar Irrwitzige könne nicht Wirklichkeit werden. Ebenso gespenstisch aber ist, dass die geschwinde Umschaltung der Bundesrepublik ebenfalls von kaum jemandem vorausgesehen werden konnte.

Angesichts dieser vielfachen Zerstörungen der Vernunft wäre das Reden von einer Rechtswende nachgerade verharmlosend.

Georg Fülberth

Da waren's nur noch drei

...

Der 1963 gegründete „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) hat eigentlich fünf Mitglieder, wobei jeweils eines von den Arbeitgebern (BDA) bzw. den Gewerkschaften (DGB) vorgeschlagen wird. Entgegen verbreiteten Vorurteilen berät das Gremium nicht die Bundesregierung, sondern hat einen ideologischen Charakter: Die Öffentlichkeit soll für ‚wirtschaftsfreundliche‘ Maßnahmen gewonnen werden unter dem Vorwand, dies sei die Stimme der Wissenschaft und somit unbestreitbar. Medial werden die Mitglieder des SVR daher auch gerne als ‚Wirtschaftsweise‘ bezeichnet. Bei Gründung auf Initiative des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard ging es um die Propagierung des Konzepts der ‚formierten Gesellschaft‘, die durch Abwesenheit von Interessengegensätzen gekennzeichnet sei. Eine große Bedeutung erlangte das Gremium nochmal Anfang der 2000er Jahre, als es mit der Vorlage des Jahresgutachtens 2002 „Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum“ Schröders ‚Agenda 2010‘ ideologisch vorbereitete. Seine Rolle für die Vermittlung des in den deutschen Medien nach wie vor dominanten Verständnisses einer angeblich alternativlosen Ausrichtung der ökonomischen Wissenschaft an den Interessen des Kapitals ist kaum zu unterschätzen. Auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hielt der SVR an überkommenen marktradikalen Positionen fest, obwohl diese inzwischen unter Fachökonomern nicht mehr

mehrheitsfähig waren. Diese in der deutschen Medienlandschaft besonders hartnäckige Realitätsverweigerung in wirtschaftspolitischen Fragen hängt nicht zuletzt mit der lange Zeit monopolartigen Stellung des Sachverständigenrats zusammen. Ob es um die Rolle der EZB, den deutschen Exportüberschuss, die Finanzpolitik oder den Mindestlohn ging: Immer stand der SVR ‚auf der Bremse‘.¹

Umso bemerkenswerter ist die seit dem letzten Jahr zu beobachtende (Selbst)Demontage des Gremiums. Der Widerspruch zwischen den veränderten wirtschaftspolitischen Prioritäten einerseits und der dogmatisch-marktradikalen Haltung des Sachverständigenrats andererseits brach offen aus, als der Ordoliberaler Lars Feld, Leiter des Freiburger Walter-Eucken-Instituts und Mitglied der neoliberalen Frontorganisation „Mont Pelerin Gesellschaft“, nach zehn Jahren Mitgliedschaft (zuletzt Vorsitzender) abgelöst wurde. Der Posten blieb unbesetzt, weil sich die damalige GroKo nicht auf einen Nachfolger einigen konnte. Dass dieser Kämpfer für die Schuldenbremse von Finanzminister Lindner im Februar 2022 demonstrativ zum „ökonomischen Chefberater“ berufen wurde, war ein weiterer Tiefschlag für den Rat. Hinzu kam, dass sich das Gremium nach dem Ausscheiden von Feld 2021 nicht auf ein gemeinsames Jahresgutachten einigen konnte: „Letztlich legte der Rat am 10. November nicht ein Jahresgutachten vor, sondern zwei, die von einem gemeinsamen Einband zusammengehalten wurden,“ schrieb

¹ Thomas Fricke, Wenn Wirtschaftsweise den Erkenntnisfortschritt bremsen, FGW Impuls, 2016.

Bernd Rürup, langjähriges Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des SVR im *Handelsblatt* (19.11.21) Während zwei Mitglieder für eine Reform der EU-Schuldenregeln und mehr öffentliche Investitionen (außerhalb der Schuldenbremse) eintraten, hielten zwei andere dagegen. Den vorerst letzten Schlag erhielt das Gremium, als der konservative Frankfurter Wirtschaftsprofessor Volker Wieland Anfang April 2022 seinen Rückzug erklärte. Der auf dem Ticket der Arbeitgeber ernannte ‚Weise‘ schob zwar Arbeitsüberlastung vor, ließ aber durchblicken, dass ihm die ganze Richtung nicht mehr passte.

Ob sich der SVR von diesen Turbulenzen nochmal erholen kann oder ob es zu einer Neuordnung im System der wirtschaftspolitischen ‚Beratung‘ kommt, wie einige fordern, sei dahingestellt. Offensichtlich steht die Neubesetzung der zwei offenen Posten einschließlich der Ernennung des Vorsitzes nicht besonders hoch auf der politischen Agenda der Bundesregierung – zumal eine Einigung innerhalb der ‚Ampel‘ schwierig werden dürfte. Die ‚Leitmedien‘ beklagen heuchlerisch die ‚Politisierung‘ des Gremiums – als ob dies nicht von Anfang an der Fall gewesen wäre. Tatsächlich zeigt der Bedeutungsverlust des SVR, dass das neoliberale Paradigma in eine Krise geraten ist: Zu groß ist inzwischen die Kluft zwischen der medial nach wie vor propagierten marktradikalen ‚Sparrideologie‘ einerseits und den praktischen Anforderungen an einen aktiven Staat andererseits, den das große Kapital braucht. Eine Auflösung dieses Konflikts, eine offene Abkehr vom neoliberalen Paradigma, ist trotzdem nicht in Sicht: Schuldenbremsen, straffe Geld-

politik und finanzpolitische Austerität sind unabdingbare Instrumente, um nach außen den deutschen Führungsanspruch in Europa zu untermauern und nach innen kapitalfeindliche Umverteilungsphantasien im Zaum zu halten, Lohnforderungen und soziale Ansprüche abzuwehren. Dies ist heute umso dringlicher, als die explodierenden Kosten von Grundbedürfnissen wie Wohnungsmieten, Energie und Lebensmitteln untere und mittlere Einkommensgruppen schwer belasten. Gleichzeitig erlauben die veränderten Verhältnisse am Arbeitsmarkt eine aktivere gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik. Auf der anderen Seite aber erfordert der anstehende Umbau der Wirtschaft hohe öffentliche Aufwendungen, würde eine voreilige Straffung der Geldpolitik die Gefahr von erneuten Wirtschaftskrisen vergrößern. Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnte die anstehende Militarisierung bieten: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen“, sagte Helmut Kohl 1975, und übernahm damit ein in Deutschland immer wieder aktuelles Wort des Nationalliberalen Friedrich Naumann von 1895.

Jörg Goldberg

Wahlen in Frankreich Zunahme politischer Instabilität und linker Teilerfolg

Die Erleichterung über den Sieg Macrons über Le Pen in der Stichwahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Oberfläche von Kontinuität die krisenhafte Instabilität des politischen Systems der Fünften Republik noch einmal deutlich zugenommen hat. In einem ersten Kom-

mentar von *Le Monde* hieß es sogar hochdramatisch: „Eine Wiederwahl am Rande des Abgrunds.“

Die wichtigsten Symptome der Krise, die bei diesen Wahlen überdeutlich sichtbar wurden, sind:

- das weitere Erstarken der extremen Rechten,
- die Brüchigkeit der nur rechnerischen Mehrheit Macrons,
- der Absturz der Konservativen (Les Républicains) auf 4,78%,
- die Pulverisierung der Sozialdemokratie (Parti Socialiste) mit 1,75%,
- eine gestiegene Wahlenthaltung (28%) und ungültige Stimmen (8,6%), zusammen mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten.

Aus linker Perspektive ist das Resultat von Jean-Luc Mélenchon und seines Projekts *La France Insoumise* (Unbeugsames Frankreich) mit 21,95% sicher positiv zu bewerten. Er verfehlte damit die zweite Runde um nur 1,2%. Die *Kommunistische Partei*, die 2017 noch gemeinsam mit Mélenchon angetreten war, kam jetzt auf 2,28%. Auch die *Grünen* landeten weit abgeschlagen bei 4,63%. *La France Insoumise* dürfte sich damit endgültig als dominante Kraft links der Mitte etabliert haben. Dieses Ergebnis löst zwar nicht alle Probleme der französischen Linken, relativiert aber die verbreitete Annahme von ihrem unwiderruflichen Untergang.

Allerdings ist einschränkend festzuhalten, dass das Wahlsystem die wirklichen Kräfteverhältnisse verzerrt. Vor allem wenn das politische Klima stark polarisiert ist, wählen viele bereits im ersten Wahlgang taktisch (sog. *vote utile*, nützliche Stimmabgabe) – wenn

auch oft nur zähneknirschend –, um die Chancen des „Kandidaten des geringeren Übels“ zu erhöhen, die Stichwahl zu erreichen. In der zweiten Runde wird dieser Sog noch stärker. Umfragen zufolge identifizieren sich 43% der Wähler von Macron weder mit dessen Person noch seiner Politik, sondern wählen ihn nur, weil sie Le Pen verhindern wollen.

Auch wenn die Kandidatin des *Rassemblement National* die Wahl nicht gewonnen hat, so sind ihre 41,46% ein Zuwachs von über 7%, während der Amtsinhaber genauso viel verloren hat. In absoluten Zahlen stieg Le Pens Stimmenanteil auf 13,3 Millionen. Nie zuvor, seit es Wahlen in Frankreich gibt, hatte die extreme Rechte einen solchen Rückhalt in der Bevölkerung.

Mit ins Bild gehört, dass Le Pen bei den Erstwählern (18-24 Jahre) 61% geholt hat. Es gibt also keineswegs eine Korrelation zwischen *rechts außen* und *alten weißen Männern*. Im Gegenteil, je älter die Wähler, umso größer der Anteil Macrons, mit Ausnahme der Gruppe der 50-59-jährigen, wo Le Pen leicht vorne liegt.

Mindestens ebenso interessant ist die soziale Verteilung der Stimmen. Wähler aus Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 1.250 Euro stimmten zu 56% für Le Pen. Mit steigendem Einkommen wächst die Zustimmung für Macron und liegt bei der Gruppe über 3.000 Euro mit 65% am höchsten – eine klare Bestätigung für das Etikett „*Präsident der Reichen*“.

Im Wahlergebnis spiegelt sich das Zusammentreffen zweier Faktoren: zum einen die Verwüstungen der neoliberalen Politik der letzten zwei Jahr-

zehnte, zum anderen die jüngste Teuerungswelle infolge der Pandemie. Bereits vor der Wahl stand das Thema Kaufkraft an der Spitze der Prioritäten, vor Corona und Ukraine-Krieg. Klassisch rechte Themen, wie Migration und innere Sicherheit, spielten dagegen kaum eine Rolle.

Man muss unterm Strich also davon ausgehen, dass es inzwischen einen soliden Wählerstamm für Le Pens *Rassemblement National* gibt. Ihre Strategie der „*Entdiabolisierung*“ erweist sich zunehmend als erfolgreich. Dazu beigetragen haben nicht nur Abmilderungen im programmatischen Profil, sondern auch das provokante Auftreten von Eric Zemmour, der Le Pen von rechts kritisierte, weil sie angeblich zu schlapp und angepasst sei.

Das bedeutet zugleich, dass die Strategie der Linken, Le Pen in Kategorien von Antifaschismus abzuhandeln, offensichtlich nicht funktioniert. Allerdings zeigt ein Blick auf die Hochburgen der verschiedenen Parteien, dass Le Pen zwar nach wie vor stark ist in den alten Industriegebieten Nordfrankreichs, die „*die Wiege der französischen Arbeiterbewegung waren, und die heute deindustrialisiert, prekariert und hoffnungslos sind*“, wie der Soziologe Didier Eribon formuliert. Aber es sei Mélenchon gelungen, zumindest einen Teil dieser Wähler im ersten Wahlgang zurückzugewinnen, auch wenn in der zweiten Runde 17% seiner Wähler (1,3 Millionen) für Le Pen gestimmt haben und 41% (3,2 Millionen) gar nicht mehr zur Wahl gingen.

Eribon, auch bei uns bekannt durch seinen Bestseller *Rückkehr nach Reims*, in dem er den Niedergang der

einst starken Kommunistischen Partei analysiert, erklärt Mélenchons Erfolg nicht nur mit der akuten Bedeutung des Themas Kaufkraft, sondern auch mit einer „*Vererbung des Revoltiertseins, des Zorns auf die Lage, in die die Subalternen gebracht wurden und der Nutzung der Stimmabgabe als Mittel des kollektiven Protests*.“ Das sei schon damals tief in der Alltagskultur der Unterklassen verankert gewesen und würde jetzt als programmatisch frei flottierendes Protestverhalten von Le Pen abgeschöpft. Durch das ebenso kämpferische wie charismatische Auftreten Mélenchons und die konsequente Oppositionshaltung von *La France Insoumise* würde die Linke für diese Gruppe wieder attraktiver. Hier liegt Diskussionsstoff von enormer Bedeutung für die Linke – über Frankreich hinaus.

Am 12. und 19. Juni finden die Wahlen für die Nationalversammlung statt. Auch wenn das Parlament neben dem fast monarchischen Status des Präsidenten normalerweise eher ein Schattendasein führt, könnte eine linke Mehrheit zu einer *Kohabitation* führen. Der Präsident müsste dann mit einem linken Ministerpräsidenten leben. Da die Verfassung eine dritte Amtszeit nicht zulässt, d.h. Macron keine Rücksicht mehr auf Wahlen nehmen muss, dürfte er versuchen, die neoliberalen Reformen, die er in seiner ersten Amtszeit nicht durchbekam, jetzt durchzuziehen. Insofern kommt den Parlamentswahlen unerwartete Bedeutung zu.

Frankreich und die französische Linke dürften also auch in der nächsten Ausgabe von Z Thema sein.

Peter Wahl